

NZZ

am Sonntag

Mit Magazinbeilage

2



Sie sagten den Börsencrash von 2008 voraus. Was sind heute ihre Prognosen?

Seite 37

Die Schweiz soll den USA mehr Waffen abkaufen

Für einen dauerhaften Zoll-Deal fordern die USA auch eine engere Kooperation bei Sanktionen. **Georg Humbel, Thomas Schlittler, Simon Marti**

Die Schweiz hat endlich einen Zoll-Deal mit den USA: 15 Prozent. Der Haken an der Geschichte: Die Schweiz hat erst einen unverbindlichen Entwurf in den Händen. Der Bundesrat muss nun mit der Trump-Administration ein Abkommen aushandeln. Dafür will der Bundesrat auch umstrittene Themen in die Verhandlungsmasse einbringen. Wie Recherchen zeigen, will er den USA zusätzliche Käufe von Rüstungsgütern zusichern, um das Handelsbilanzdefizit der Schweiz zu senken. Im Fokus stehen dabei zusätzliche Patriot-Systeme oder Lenkwaffen made in USA. Kurz vor Parmelins Abreise nach Washington hat der Bundesrat noch intensiv über das heikle Thema Rüstungsgeschäfte diskutiert.

«Das ist sicher der richtige Weg. Auch für die Sicherheit der Schweiz», sagt dazu der SVP-Sicherheitspolitiker Werner Salzmann. Die Bedrohung sei real

und die Armee brauche dringend mehr Mittel für die Luftverteidigung. Nach dem F-35-Debakel dürften weitere Rüstungsgeschäfte mit den USA vor allem bei Rot-Grün auf heftigen Widerstand stossen. Der Vertrag, den der Bundesrat nun aushandeln muss, kommt anschliessend ins Parlament. Im Falle eines Referendums entscheidet das Volk.

Der nun vorliegende Deal ist das Ergebnis eines spektakulären Joint Venture zwischen dem Bund und schwerreichen Unternehmern. Einflussreiche Wirtschaftsführer haben mit ihrem Besuch bei US-Präsident Trump die Schweiz zurück ins Spiel gebracht. Wie Recherchen dieser Zeitung zeigen, haben die Unternehmer in enger Absprache mit der Verwaltung agiert. Das kommt in Bundesbern nicht nur gut an. «Das Vorschicken von Unternehmern wirkt seitens des Bundesrats irgendwie

hilflos», sagt der Mitte-Parteipräsident Philipp Matthias Bregy.

Bundesrat Guy Parmelin hat signalisiert, dass die Schweiz keine weitreichenden Zugeständnisse gemacht habe. Nun zeigt sich, was die USA für einen dauerhaften Deal von der Schweiz verlangen. Sie haben in einem «Joint Statement» zum möglichen Handelsabkommen mit der Schweiz Forderungen publiziert, die deutlich weiter gehen als das, was der Bundesrat kommuniziert hat. So sollen etwa Handelsverzerrungen durch Subventionen gemeinsam angegangen und amerikanische Standards bei der Fahrzeugsicherheit übernommen werden. Dienstleistern der USA soll mehr Marktzugang gewährt werden. Zudem ist eine engere Kooperation bei Sanktionen und Investitionskontrollen vorgesehen. Aus der Politik kommt bereits erste Kritik.

Seite 13, 14

«Hunderte IS-Leute leben frei in Europa»

Er ist der ranghöchste Richter im Irak und hat schon Tausende von IS-Kämpfern festnehmen lassen. Doch für Europa hat er schlechte Nachrichten. Im Interview mit der «NZZ am Sonntag» sagt Raed Hamid al-Muslih: «Wir wissen auch von IS-Mitgliedern, die den Irak und Syrien heimlich verlassen haben, um nach Europa zu fliehen.» Er habe Hunderte von IS-Mitgliedern identifiziert, die heute frei in europäischen Städten herumlaufen. Der Richter sagt, er habe Beweise für ihre Mitgliedschaft beim IS. Doch in Europa traue man seinen Beweisen nicht. Man verwende sie auch deshalb nicht, weil den IS-Anhängern im Irak die Todesstrafe drohe.

Das Bundesamt für Polizei weist die Vorwürfe des Richters zurück. Derzeit lägen keine konkreten Hinweise vor, dass in grösserer Zahl IS-Gefährder nach Europa eingereist seien. Es handle sich eher um Einzelfälle. Das Bundeskriminalamt in Deutschland gab die Zahl religiös motivierter Gefährder jüngst mit 458 an. (ami.)

Seite 4



Grau und kalt kann kommen! Die 20 grössten Serien des 21. Jahrhunderts
Seite 56



Hart, härter, Hyrox: Ist der neue Fitnesstrend noch Sport oder schon Folter?
Seite 30

Das Bauchgefühl entscheidet. Was Darmprobleme mit Depressionen zu tun haben
Seite 51



Die Schweiz zum Kochen: Jetzt kommt der Mythos Betty Bossi ins Kino
Magazin

Banken sind kleiner als gedacht

Eine Revision der volkswirtschaftlichen Statistik löst bei den Banken Hektik aus: Statt 5 Prozent wie bisher machen die Finanzinstitute nur noch 3,7 Prozent der Wirtschaftsleistung der Schweiz aus. Der Grund liegt darin, dass das Bundesamt für Statistik (BFS) das Fondsgeschäft separat ausweist. Die Banken haben in der Folge beim BFS interveniert. Ohne das boomende Geschäft mit Anlagefonds verzeichnen die Banken seit Jahren einen Bedeutungsverlust. Gemäss den neuen Zahlen hat sich ihr Beitrag zum Bruttoinlandprodukt seit der Finanzkrise halbiert. Nach dem Wegfall des Bankgeheimnisses haben viele Auslandsbanken die Schweiz verlassen. Mit dem Ende der Credit Suisse hat sich der Umbruch nochmals beschleunigt. Die Kantonalbanken haben die UBS überholt und sind heute die wichtigste Bankengruppe der Schweiz. (gui.)

Seite 24, 35

Der unterirdische Planet



«Es gibt mehr Lebewesen in der Erde als in den Meeren und oberirdisch zusammen. Der Boden und seine Bewohner werden völlig unterschätzt», sagt der Biologieprofessor Matthias Rillig. Seite 47

15 Jahre für eine Helpline für Frauen

Nach vielen Irrungen und Wirrungen soll es im Mai 2026 nun so weit sein: Bund und Kantone werden unter der Nummer 142 eine nationale Helpline in Betrieb nehmen, an die sich Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt rund um die Uhr wenden können. Den Anstoss dafür gab die damalige Luzerner Regierungsrätin Yvonne Schärli vor bald fünfzehn Jahren. Was folgte, war ein schier endloser Hürdenlauf: Über ein Dutzend politische Gremien berieten über das Projekt, vier verschiedene Beratungsbüros legten Studien dazu vor – und am Schluss verzögerten trotz allen Vorbereitungen rechtliche und technische Probleme den Start nochmals um zwei Jahre. Schärli ist darum zwar froh, dass der Start nun naht, aber auch enttäuscht, dass alles so lange gedauert hat. «Es zeigt leider, dass das Thema häusliche Gewalt zu lange zu wenig prioritär behandelt wurde.» (dli.)

Seite 15